

Offener Brief an Ministerin Wernicke

"Schweigen brechen" zur Elbvertiefung

"Schweigen brechen" zur Elbvertiefung

Flussschützer aus ganz Deutschland haben heute einen Offenen Brief an Umweltministerin Petra Wernicke übergeben. Als Teilnehmer des diesjährigen 17. Internationalen Elbe-Saale-Camps in Barby wollten sie erneut auf die Gefahren der laufenden Elbvertiefung und der damit verbundenen Austrocknung der Elbauen hinweisen. "Frau Wernicke hat bisher zu diesen Vorgängen geschwiegen, obwohl das größte und bedeutendste Schutzgebiet Sachsen-Anhalts existenziell betroffen ist", so Christina Weigel, flusspolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und Mitorganisatorin des Camps. Deshalb stehe der Brief unter der Aufforderung "Schweigen brechen".

Hintergrund: Inzwischen gibt selbst die für die Bundeswasserstraße Elbe zuständige Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost eine "erhebliche Gefährdung" des UNESCO-Biosphärenreservates "Mittelelbe", des UNESCO-Welterbe-Gebietes "Dessau-Wörlitzer Gartenreich" sowie der EU-Natura-2000-Schutzgebiete entlang der Elbe zu. Diese Schutzgebiete leiden schon jetzt unter Austrocknung – bedingt durch die Flussvertiefung. Wernickes Ministerium hat trotz öffentlicher Proteste die Genehmigung für fragliche Bauarbeiten an der Elbe erteilt.

Im offenen Brief, den Wernickes Sprecher Detlef Thiel, entgegennahm, fordern die Elbeschützer die Ministerin auf, öffentlich Position zu beziehen. "Setzen Sie sich für den Stopp der Elbvertiefung und für die Renaturierung der Elbufer ein!", heißt es im Brief. Eine naturnahe Elbe sei wichtig für den Flusstourismus und für hunderte Arbeitsplätze. Tourismus als ernstzunehmender wirtschaftlicher Wachstumsfaktor brauche eine reizvolle und unverbaute Natur.

"Die Baumaßnahmen an der Elbe führen zwar zu einer mittelbaren Vertiefung, sind aber nicht geeignet, die angestrebte Fahrrinntiefe von 1,60 Meter zu erreichen. Grund dafür ist, dass das Wasserdargebot der Elbe maßgeblich durch den Klimawandel seit Jahren abnimmt. Deshalb sind die Baumaßnahmen in dieser Form unsinnig und müssen auf den ökologischen Prüfstand", so die grüne Bundestagsdirektkandidatin dieser Region, Dorothea Frederking.